

Beschluss des Landrats vom 26.09.2024

Nr. 745

23. «Die Region Basel schaut hin»? Sensibilisierungsmassnahmen auch in der Region Basel

2024/313; Protokoll: ps

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Miriam Locher (SP) hält fest, die Dunkelziffer bei Sexualdelikten sei hoch. Ein Grossteil dieser Delikte gelangt nicht zur Anklage, dies aus diversen Gründen. Es geht beim Vorstoss nicht primär um die Erfassung strafrechtlich relevanter Gewalt. Im Zentrum stehen alltäglich stattfindende sexuelle und sexistische Beleidigungen, Belästigungen und Übergriffe. Übergriffe wie sicher auch die anwesenden Personen erlebt haben, gerade wenn man in Randzeiten im ÖV unterwegs ist. Die Dunkelziffer ist sicher auch so hoch, weil es eine Hürde ist, sich in solchen Fällen bei der Polizei zu melden. Genau hier kann das Meldetool eine niederschwellige Möglichkeit bieten, um Belästigungen und Übergriffe sichtbar zu machen. Baselland ist keine Insel. In vielen anderen Kantonen ist das bereits ein Thema und in Baselland ist nicht alles rosarot und Zuckerwatte, sondern auch hier gibt es sexuell motivierte Übergriffe und Belästigungen im ÖV. Neben der Möglichkeit, einen Übergriff oder eine Belästigung zu melden – angesichts der Unruhe sind gewisse Herren vermutlich nicht im ÖV unterwegs und haben dies noch nicht erlebt –, geht es um die Information der belästigten Personen und zu den Handlungsoptionen. Auch das ist ein erklärtes Ziel eines Meldetools, wie es das in Bern und Zürich gibt. Eine Handlungsoption ist dann, dass man die Leute darauf aufmerksam macht, dass sie sich auch an die Polizei oder andere Fachstellen wenden können.

Ein paar Punkte aus der Beantwortung: Es wird die Befürchtung geäussert, es könnte zu Falschmeldungen kommen. Die Meldungen aus den Jahren 2021 und 2022 zeigen aber eine gewisse Stabilität und die Daten deuten klar daraufhin, dass es einen guten Realitätsbezug gibt. Für die Rednerin beinhaltet die Antwort des Regierungsrats auch viel zu oft den Konjunktiv. Das reicht nicht. Der Vergleich mit Präventionskampagnen zur Schulwegsicherheit oder zu Einbrüchen ist zumindest etwas gewagt.

Zum Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention: Dieser sieht vor, dass Gewalt gegen Frauen, häusliche Gewalt in der Schweiz abnimmt und die persönliche Sicherheit der Bevölkerung zunimmt. Alle Menschen, unabhängig von ihren Eigenschaften, sollten weniger Gewalt erfahren. Das persönliche Gefühl der Sicherheit, keine Gewalt befürchten zu müssen, sollte bei allen Menschen, insbesondere aber bei vulnerablen Gruppen, zunehmen. Ein Schwerpunkt dabei ist eben Information und Sensibilisierung der Bevölkerung. Dazu könnte ein Meldetool dienen. Das Anliegen ist der Rednerin wichtig. In der vorliegenden Beantwortung fehlt sehr viel. Unter anderem geht es auch darum, dass die Fachstellen, die sich intensiv mit dieser Thematik auseinandersetzen, nicht in die Beantwortung involviert waren. Die Rednerin hat sich bei der Fachstelle für Gleichstellung erkundigt, inwiefern eine solche Antwort «passieren» konnte und hat erfahren, dass sie nicht involviert war. Vorher hat Regierungsrat Anton Lauber bei der Beantwortung einer Interpellation gesagt, diese werde Experten übergeben. Auch zu dieser Frage hätte es Expertinnen gegeben, aber es wurde darauf verzichtet, diese einzubeziehen. Ob bewusst oder unbewusst, da masst sich die Rednerin kein Urteil an. Aber es fehlt die Grundlage für eine seriöse Diskussion, weil nicht alle Fachstellen miteinbezogen wurden. Deshalb stellt sich die Frage, worüber im Landratssaal diskutiert werden soll. Aus diesem Grund, und weil ihr das Anliegen wichtig ist und sie es auf anderen Wegen weiterverfolgen wird, wird sie den Vorstoss zurückziehen. Sie hofft, dass das nächste Mal,

wenn es um so ein Anliegen geht, wovon vielleicht auch andere Direktionen mitbetroffen sind, wirklich auch ein Mitbericht resultiert.

://: Das Postulat ist zurückgezogen.
